
Campact e.V. - Artilleriestr. 6 – 27283 Verden

FDP – Landesverband Rheinland-Pfalz
Herr Dr. Volker Wissing
Am Linsenberg 14
55131 Mainz

Ansprechpartner
Gerald Neubauer
Tel. 0 42 31 957 483
Mobil 0179 7343557
neubauer@campact.de

Verden, 13. Januar 2016

Sehr geehrter Herr Dr. Wissing,

die Handelsabkommen TTIP und CETA erfüllen auch in Rheinland-Pfalz viele Menschen mit Sorgen. Die Abkommen zwischen der EU und den USA bzw. Kanada stellen aus unserer Sicht eine Gefahr für soziale und ökologische Standards wie zum Beispiel das Vorsorgeprinzip dar. Die geplanten Sonderklagerechte für ausländische Investoren könnten zu hohen Schadensersatzforderungen an den Bund und gegebenenfalls auch an das Land Rheinland-Pfalz führen. Zudem könnte die öffentliche Daseinsvorsorge durch den Negativistenansatz bei der Dienstleistungsprivatisierung eingeschränkt werden.

Im Vorfeld der Landtagswahlen möchten viele Wählerinnen und Wähler erfahren, welche Positionen die Parteien zu TTIP und CETA einnehmen. Von besonderem Interesse ist dabei die Frage, wie sich die Parteien im Falle einer Regierungsbeteiligung bei den bevorstehenden Abstimmungen im Bundesrat verhalten werden. Denn beide Abkommen werden wahrscheinlich in der kommenden Legislaturperiode des rheinland-pfälzischen Landtags dem Bundesrat zur Ratifizierung vorgelegt.

Der BUND Rheinland-Pfalz und Campact planen daher, im Vorfeld der Landtagswahl gemeinsam eine große Anzahl von Türhängern an private Haushalte in Rheinland-Pfalz zu verteilen. Auf diesen Türhängern möchten wir die Positionen von CDU, SPD, Grünen, Linken und FDP zu TTIP und CETA dokumentieren. Wir bitten Sie darum, die folgenden Fragen zu beantworten. Ihre Antworten werden wir auf den Türhängern in einer Übersichtstabelle mit den Positionen der Parteien dokumentieren.

Schadensersatzklagen wie die von Vattenfall gegen Deutschland wegen des Atomausstiegs drohen.

Die Zahlung von Schadensersatz könnte auch das Land Rheinland-Pfalz betreffen, für den Fall, dass eine Maßnahme von der Landesregierung erlassen wurde. Nach Art. 104a, Abs. 6 GG und dem Lastentragungsgesetz tragen der Bund und die Länder die Lasten einer Verletzung von völkerrechtlichen Verpflichtungen nach der innerstaatlichen Zuständigkeits- und Aufgabenverteilung.

Eine Gefährdung von sozialen/ökologischen Standards ist aus unserer Sicht gegeben, wenn Standards zum Beispiel in der Landwirtschaft, beim Datenschutz, bei der Lebensmittelproduktion, der Energieversorgung oder bei der Chemikalienregulierung abgeschwächt oder zukünftige Verschärfungen erschwert würden. Unsere besondere Sorge gilt dabei dem Vorsorgeprinzip, das in Nordamerika nicht angewandt wird und aus Sicht der USA und Kanadas als Barriere für ihren Marktzugang wahrgenommen wird. Außerdem könnte auch der in CETA vorgesehene Rat für regulatorische Kooperation zu einer Gefährdung von sozialen und ökologischen Standards führen, weil damit Bürokraten und Lobbyisten ein Mitspracherecht bei Gesetzesinitiativen gegeben wird.

Eine Einschränkung der kommunalen Daseinsvorsorge ist aus unserer Sicht gegeben, sofern die Abkommen einen Privatisierungsdruck auf kommunale Dienstleistungsanbieter wie Stadtwerke oder Wasserversorger entfalten. Besonders problematisch ist in diesem Zusammenhang der Negativistenansatz bei der Dienstleistungsprivatisierung. Demzufolge sind sämtliche Bereiche für private Dienstleister zu öffnen, die nicht in einer Liste explizit ausgeschlossen werden. Ebenso können die so genannten Stillstands- und Sperrklauseln die kommunale Daseinsvorsorge beeinträchtigen. Mit einer Stillstandsklausel verpflichten sich die Vertragsparteien, das Liberalisierungsniveau zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses nicht mehr abzusenken. Und eine Sperrklausel bewirkt, dass vorgenommene Privatisierungen nachträglich nicht mehr rückgängig gemacht werden dürfen.

Bitte schicken Sie uns die Antworten auf unsere beiden Fragen und Ihren Begründungstext bis spätestens Donnerstag, 28. Januar 2016. Am besten senden Sie uns Ihre Antworten per E-Mail an folgende Adresse: neubauer@campact.de. Wenn wir von Ihnen keine Antwort erhalten, werden wir auf den Türhängern dokumentieren, dass Ihre Partei keine Festlegung zu den Bundesratsabstimmungen zu TTIP und CETA getroffen hat.

Wir hoffen, mit unseren Fragen dazu beizutragen, dass sich die Bürgerinnen und Bürger im Wahlkampf umfassend und sachlich zu TTIP und CETA informieren können. In diesem Sinne wünschen wir Ihnen einen fairen und engagierten Wahlkampf.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Holger Schindler

Vorsitzender BUND Rheinland-Pfalz



Dr. Felix Kolb

Geschäftsführer Campact